

Zukunft des Eiermann-Areals?

Der von Egon Eiermann entworfene denkmalgeschützte "Eiermann-Campus" in Stuttgart Vaihingen ist nach dem Rosensteinquartier das zweitgrößte Wohnungsbauentwicklungsgebiet der Landeshauptstadt. Deshalb ist die Zukunft dieses 20 Hektar großen Baugrundstücks für die weitere Wohnungsbau- und Verkehrspolitik (Trassenanschluss in den Vaihinger Westen) unserer Stadt von großer Bedeutung.

Die aktuellen finanziellen Turbulenzen der "Adler Group" als Mutterkonzern der derzeitigen Grundstückseigentümerin "Consus Real Estate" betrachten wir als CDU-Gemeinderatsfraktion deshalb mit großer Sorge. Wir halten die Realisierung der dort geplanten knapp 1.500 Wohneinheiten durch die Adler Group aufgrund der wirtschaftlichen Schieflage des Unternehmens für aktuell eher unwahrscheinlich.

Zwar haben die Investoren im August bei einem Treffen mit Baubürgermeister Peter Pätzold ihre Absicht gegenüber der Stadt bekräftigt, das geplante Bauvorhaben weiterhin umzusetzen, in anderen Städten beginnt das Unternehmen aber damit, Grundstücke zu veräußern. Teilweise wird der Verkauf dabei durch Instrumente des Baugesetzbuches der betroffenen Kommunen durchgeführt, um so die beabsichtigten städtebaulichen Entwicklungschancen abzusichern.

Im weiteren Umgang mit der Adler Group auf dem Eiermann-Areal könnte deshalb ein Blick nach Hamburg und Düsseldorf nützlich sein, um Lösungen für die Zukunft in Stuttgart zu finden. Beide Städte haben bei den jeweiligen Projekten bereits von den Möglichkeiten einer Vorkaufsrechtsverordnung bzw. dem Aussetzen des Baurechtsplanverfahrens Gebrauch gemacht, um so die Umsetzung ihrer städtebaulichen Konzepte abzusichern und Grundstücksspekulationen zu verhindern.

Für uns als CDU-Fraktion ist die Entwicklung des Eiermann-Areals ein wichtiges Anliegen. Sollte das Vorhaben nicht wie geplant durch die Adler Group oder einen neuen Investor aus der Immobilienbranche realisiert werden können, halten wir es eventuell für notwendig, Instrumente des Baugesetzbuches zu ziehen, um eine Lösung im Sinne der Wohnungsbaupolitik der Landeshauptstadt zu erreichen. Wir haben deshalb um eine zeitnahe Berichterstattung über den aktuellen Sachstand der Gespräche im Ausschuss für "Stadtentwicklung und Technik" gebeten.